Deutsche Bank

Die **Deutsche Bank** AG war 2013 das nach Bilanzsumme und Mitarbeiterzahl größte Kreditinstitut Deutschlands. Sie gilt als ein Flaggschiff sowohl der deutschen Finanz-Branche als auch der gesamten deutschen Wirtschaft. Einziger Großaktionär mit einem Aktienanteil von 5,14 % war 2013 der Fonds-Verwalter Black Rock.[1] Die Deutsche Bank-Aktie befindet sich ansonsten im Streubesitz; es ist möglich, dass Großanleger ihre Anteile an der Deutschen Bank über ein Netz von Zweckgesellschaften halten, um Veröffentlichungsgrenzen und nationale Steuergesetze zu unterlaufen.

Deutsche Bank AG	
Branche	Finanzen
Hauptsitz	Frankfurt am Main
Lobbybüro Deutschland	Unter den Linden 13–15, 10117 Berlin (Mitte)
Lobbybüro EU	17, Avenue Marnix, 1000 Brüssel
Webadresse	http://www.deutsche-bank.de

Die Deutsche Bank betreibt sowohl in eigenem Interesse als auch im Interesse der Finanzbranche und der mit ihr verbundenen Wirtschaftsunternehmen intensives Lobbying. Sie ist Mitglied einer Vielzahl von Wirtschaftsverbänden, politischer Beratergremien sowie Denkfabriken und versteht es, hochrangige ehemalige Mitarbeiter von Ministerien und Behörden zu rekrutieren und so prozessuales Know-how und ein extrem dichtes Netzwerk an Kontakten zu gewinnen.

In Folge des Weltfinanzcrashs mehren sich in den USA, verhaltener auch in Deutschland, Forderungen nach einer Zerschlagung solcher markt- und wirtschaftsbeherrschender Banken, die Staat und Behörden jederzeit damit erpressen können, dass ihr Niedergang die gesamte Wirtschaft in den Abgrund reißen könnte. In Deutschland steht vor allem die Deutsche Bank im Brennpunkt der Kritik.[2]

Die Deutsche Bank war stark auf dem völlig überhitzten US-Immobilienmarkt aktiv und gerät seit dem Platzen der US-Immobilienblase im Jahr 2008 aufgrund ihres rigiden Vorgehens gegen säumige Hausbesitzer zusehends unter öffentlichen Druck. [3]

- Finanzlobby A–Z

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftstätigkeit 2
2 Brisante Geschäfte vor und in der Krise 3
2.1 US-Hypotheken, Zinsausfall-Wetten und die Pleite der IKB 3
2.2 US-Immobilienmarkt: Brutales Vorgehen gegen Hausbesitzer 4
2.3 Strafen wegen Falschberatung in USA 4
2.4 OLG Stuttgart verurteilt Geschäfte mit Zins-Swaps 4
2.5 Unethische Investments 4

2.6 Libor-Affäre 5
2.7 Aktivitäten in Steueroasen 5
3 Unterstützung durch staatliche Rettungspakete 5
3.1 Deutsche Bank profitiert von AIG-Rettung 5
4 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien 5
4.1 Verbindungen zu anderen Lobbyakteuren 5
4.2 Politische Landschaftspflege 6
4.3 Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA) 6
4.4 Lobbyingausgaben 6
5 Fallstudien zur Lobbyarbeit 6
5.1 Eurokrise und Griechenland-Rettung 6
5.2 Der Einkauf von Entscheidungsträgern und Kontrolleuren 7
5.3 Lobbyisten in Ministerien 9
6 Parteispenden 11
7 Personal & Organisation 11
7.1 Vorstand 11
7.2 Aufsichtsrat 11
7.3 Weitere Personen 12
7.4 Ehemalige Funktionsträger der Deutschen Bank 12
7.5 Überblick 12
8 Geschichte 12
8.1 Zerschlagung und Neugründung 12
9 Weiterführende Informationen 13
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 13
11 Einzelnachweise 13

Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Bank ist über ihre über 2.800 Niederlassungen - davon ca. 1.900 in Deutschland - weltweit tätig. Sie gliedert sich in die folgenden Unternehmensbereiche:

- Corporate Banking & Securities (Anleihen, Aktien, Derivate, Devisen, Geldmarktinstrumente, verbriefte Forderungen sowie Rohstoffe)
- Global Transaction Banking (Abwicklung inländischer und grenzüberschreitender Zahlungen, Risikosteuerung und Finanzierung internationaler Handelsgeschäfte)
- Deutsches Assett & Wealth Management (Vermögensverwaltung für wohlhabende Privatkunden und institutionelle Kunden)
- Private & Business Clients (Bank- und Finanzdienstleistungen für Privatkunden, Selbständige und Mittelständler)
- Non-core Operations Unit (Abbau von Risiken im Zusammenhang mit kapitalintensiven Vermögensverwerten)
- Zentrale Infrastruktur

Über eine starke Marktstellung in Deutschland verfügt die Deutsche Bank im Investmentbanking und im Privatkundengeschäft. Das Investmentbanking leistete jahrelang den entscheidenden Beitrag zu den Gewinnen der Deutschen Bank.

Die Deutsche Bank Research ist verantwortlich für die volkswirtschaftliche Analyse in der Deutsche Bank Gruppe und berät die Bank, ihre Kunden und Stakeholder.

Im Geschäftsjahr 2013 hatte die Deutsche Bank nach eigenen Angaben eine Bilanzsumme von ca. 1,6 Billionen Euro. Der Ertrag lag bei 32 Mrd. Euro. Das Unternehmen beschäftigte 98.254 Mitarbeiter weltweit, 46.377 davon in Deutschland.[4]

Brisante Geschäfte vor und in der Krise

US-Hypotheken, Zinsausfall-Wetten und die Pleite der IKB

Die Deutsche Bank war den Recherchen des US-amerikanischen Autoren Michael Lewis zufolge über ihre New Yorker Tochter einer der Hauptakteure beim Verkauf von Asset backed securities und Collateral Debt Obligations.[5] Galten diese bis 2006 als "innovative Finanzprodukte" stellte sich ein Großteil dieser massenhaft in den Markt geblasenen Papiere als ökonomische Zeitbomben heraus.

Bevorzugte Abnehmer solcher Hypotheken-Derivate waren die Düsseldorfer Banken IKB und WestLB, die deshalb Lewis zufolge in amerikanischen Banker-Kreisen "The Stupids from Düsseldorf" genannt wurden. In der Anklageschrift des attac-Bankentribunal gegen Josef Ackermann heißt es zu dem Vorgang weiter:

> "Damit die IKB diese Papiere kaufen konnte, gewährte die Deutsche Bank ihr Kredite. Als die IKB kurz darauf vor dem Bankrott stand, weil sich die Hypothekenpapiere als wertlos („toxisch “) herausgestellt hatten, und sie ihre Kredite wegen der nun fehlenden Sicherheiten nicht mehr verlängern konnte, verlangte Ackermann vom Staat die Rettung der IKB. Die staatliche Bank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) brachte dafür insgesamt etwa 10 Milliarden Euro auf. Die Deutsche Bank haftet somit nicht für die von ihr spekulativ vergebenen Kredite und auch nicht für die Werthaltigkeit der von ihr verkauften Wertpapiere. Die IKB wurde vom Staat gerettet, damit ihre Kreditgläubiger, darunter an führender Stelle die Deutsche Bank, ihre Forderungen nicht abschreiben mussten."[6]

Michael Lewis geht sogar noch weiter:[7] So habe die New Yorker Tochter der Deutschen Bank bereits massiv mit Wetten auf Ausfälle fauler Hypothekenkredite (Credit Default Swaps) gehandelt, während sie gleichzeitig die Nachfrage nach faulen Schuldverschreibungen (CDOs) aus Düsseldorf (durch IKB und WestLB) munter weiter bediente.

Bereits im Frühjahr 2008 mehrten sich Verdachtsmomente, nach denen es in den Handelsbeziehungen der Deutschen Bank zur IKB Ungereimtheiten gab. *"Es drängt sich der Verdacht von Insidergeschäften durch Leerverkäufe auf"*, schrieb der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler in einem Brief an Peer Steinbrück und fragte nach dem Volumen der Geschäfte, die die Deutsche Bank mit “Subprime Anleihen” mit der IKB abgewickelt habe.[8]

Im Düsseldorfer IKB-Prozess gegen den früheren IKB-Chef Stefan Ortseifen machte dieser die Deutsche Bank für den Beinahe-Zusammenbruch seines Instituts verantwortlich. Das Institut habe seine Handelslinien für die IKB am 27. Juli 2007 geschlossen und damit aus Sicht des Marktes für ein "Fanal" gegen die IKB gesorgt und ihm einen "unermesslichen Reputationsschaden" zugefügt, führte der Ex-Banker aus. Dies habe er selbst noch nicht wissen können, als die Bank am 20. Juli eine Pressemitteilung herausgegeben habe, in der sie erklärte, sie sei von der US-Krise nur in geringem Umfang betroffen.[9]

Die Krise der IKB war durch strukturierte Wertpapiere in den Zweckgesellschaften der IKB entstanden, die auf zweitklassigen US-Immobilienkrediten fußten. [10]

US-Immobilienmarkt: Brutales Vorgehen gegen Hausbesitzer

Nach Informationen des Dachverbands der kritischen Aktionäre und der amerikanischen Bürger-Intitiative Common Grounds geht die Deutsche Bank seit dem Platzen der Immobilienblase äußerst hart gegen Hausbesitzer in den USA vor, die ihre Schulden nicht mehr bedienen können. Die Deutsche Bank soll auf dem überhitzten US-Immobilienmarkt mit etwa 1900 Verbriefungen hantiert haben, dazu sollen mehr als eine Million unterlegter Hypotheken gehört haben. Als Treuhänder dieser in aller Welt verstreuten Anleger fungiert die Deutsche Bank National Trust Company (DBNTC). *"85 bis 90 Prozent aller ausstehenden Hypotheken in den USA werden letztlich von vier Banken entweder als Treuhänder oder Eigentümer einer Treuhandgesellschaft gehalten"*, zitiert der Spiegel den Immobilienexperten Steve Dibert, *"Die Deutsche Bank ist eine der vier."* Sie soll zu den Hauptfinanzierern der Countrywide Financial Corporation gehören, die mit der Vermarktung riskanter Immobiliendarlehen in Höhe von 97,2 Milliarden Dollar in den Jahren 2005 bis 2007 die größte Drückerkolonne in den USA darstellte.[11]

Eine siebenstellige Zahl von US-Haushalten sieht sich in den Jahren nach 2008 mit der DBNTC konfrontiert, einem Institut, von dem sie nie zuvor gehört hatten und das sich durch unbarmherzige Zwangsräumungen und Prozesse gegen säumige Hausbesitzer schnell einen Namen gemacht hat.[12]

Strafen wegen Falschberatung in USA

Die Deutsche Bank soll auf Druck der New Yorker Staatsanwaltschaft seit 2003 mindestens 15 Millionen Dollar an Strafzahlungen geleistet haben, weil sie Kunden beim Verkauf von Finanzprodukten wie "Auktionsanleihen" falsch beraten haben soll. [13]

OLG Stuttgart verurteilt Geschäfte mit Zins-Swaps

Das Stuttgarter Oberlandesgericht (OLG) hat laut Berichten der ZDF-Sendung *"frontal21"* schwere Vorwürfe gegen die Deutsche Bank erhoben und das Kreditinstitut zur Zahlung von mehr als 1,5 Millionen Euro Schadenersatz an ein großes mittelständisches Unternehmen verurteilt. So handelte es sich nach Ansicht des OLG bei so genannten Zins-Swaps, die die Bank Kunden zur Zinsoptimierung empfohlen hatte, um "eine Art von Glücksspiel". Hunderte von Unternehmen und Kommunen sollen betroffen sein.[14]

Unethische Investments

Die belgische Nichtregierungsorganisation Vlaanderen Netwerk untersuchte im Jahr 2007 die Geschäftspolitik von acht internationalen Finanzinstituten mit 13 besonders fragwürdigen Konzernen. Die Organistion kam zu dem Urteil, das Risiko unethischer Investments sei bei der Deutschen Bank "extrem hoch". In der Kritik stehen Geschäfte mit Rüstungskonzernen wie EADS und Rohstoff-Konzernen, die in Entwicklungsländern Ressourcen ausbeuten wie Barrick Gold, AngloGold Ashanti, Newmont Mining, GoldCorp , Freeport McMoRan, PetroChina. Weiterhin wird die Supermarkt-Kette Wal-Mart genannt, weil sie elementare Arbeiterrechte systematisch und in schwerwiegender Weise untergrabe.[15] Laut Stiftung Warentest ist die Deutsche Bank Tochter DWS inzwischen eins der wenigen Institute, das Investitionen in Aktien von Streubomben-Herstellern als Geschäftsmodell ausschließt.[16] Die Deutsche Bank war laut Aktionsbündnis Landminen im Jahr 2009 an folgenden Rüstungsunternehmen beteiligt: Rheinmetall (mit 3,14%) und QinetiQ Group (1,25%). [17]

Libor-Affäre

2015 wurde die Deutschen Bank eng mit der Libor-Affäre in Verbindung gebracht. Der Libor ist ein Referenzzinssatz im internationalen Bankengeschäft (London Interbank Offered Rate). Mit der Libor-Affäre wird eine Manipulation von Referenzzinssätzen beschrieben. Laut amerikanischen Behörden (US Justizministerium) haben über Jahre „Mitarbeiter der Deutschen Bank rund um den Globus illegal Zinssätze manipuliert.[18] Georgina Philippou von der britischen Finanzaufsicht FCA beschreibt, dass eine Abteilung der Deutschen Bank eine Kultur pflegte, „Gewinne zu machen, ohne dabei auf die Integrität des Marktes zu achten (...) Das war nicht auf ein paar Einzelne beschränkt, sondern schien in einigen Bereichen tief verwurzelt zu sein." Aufgrund dieser Vergehen und einer „irreführender“ Aufklärung der Sachlage, muss die Deutsche Bank eine Strafe von 2,5 Milliarden Dollar zahlen. Die Finanzaufsicht BaFin kommt in ihrem 2015 erschienen Abschlussbericht zu dem Ergebnis, das zwar kein Vorstandmitglied der Deutschen Bank direkt in eine Zinsmanipulation verwickelt sein soll, allerdings habe die Deutsche Bank schwere „Versäumnisse“ bezüglich der Kontrolle von Geschäftsprozessen, in der Organisation und bei der Aufarbeitung der Affäre gezeigt. Besonders kritisiert werden die ehemaligen Vorstände Anshu Jain (2012 - 2015) und Josef Ackermann (2002 – 2012)sowie Libor-Skandal bei Deutscher Bank: Bericht der Finanzaufsicht.[19]

Aktivitäten in Steueroasen

Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung und des NDR hat die Deutsche Bank über ihre Niederlassungen in Singapur mehr als 300 Firmen und Trusts in mehreren Steueroasen, größtenteils auf den Britischen Jungferninseln.[20] In wessen Auftrag diese Vehikel mit Namen wie Roseburn oder White River Holdings Group Ltd. aufgesetzt wurden und was der Geschäftszweck ist, wollte die Bank nicht sagen.

Unterstützung durch staatliche Rettungspakete

Deutsche Bank profitiert von AIG-Rettung

Von den 182.5 Milliarden Dollar an Steuergeldern zur Rettung der AIG[21] flossen 11.9 Milliarden Dollar direkt an die Deutsche Bank. Das Institut war damit hinter Goldman Sachs und neben der Société Générale ein Haupt-Profiteur der dramatischen AIG-Rettung durch die US-Regierung im Jahr 2008.[22]

Die AIG-Abteilung AIG Financial Products unter ihrem Chef Joe Cassano war eine der größten Herausgeber von Kreditausfall-Versicherungen (CDS). Ihre - aus späterer Sicht - wahnwitzig anmutenden Aktivitäten zwischen 2002 und 2007 rissen den damals größten Versicherer der Welt in den Abgrund und lösten so die weltweite Krise mit aus.[23]

Anders als andere Bankinstitute, machte die Deutsche Bank bis zum Jahr 2010 keine Anstalten, diese Rettungsgelder zurück zu zahlen. Bürgerrechtler mahnen sie aufgrund dieser staatlichen Subventionierung zu einem sozialeren Verahlten gegenüber säumigen Hausbesitzern.[24]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Verbindungen zu anderen Lobbyakteuren

- Bankers Association for Finance and Trade (BAFT), Mitglied

- Bundesverband Deutscher Banken, Mitglied
- International Swaps and Derivates Association (ISDA), Primary Mitglied
- Alternative Investment Management Association (AIMA), "Sponsoring Member"
- Association for Financial Markets in Europe (AFME), Mitglied ist Colin Grassie (Mitglied des "Group Executive Committee")
- European Financial Services Round Table (EFR), Mitglied ist Paul Achleitner, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- Centre for European Policy Studies (CEPS), Mitglied
- European Parliamentary Financial Services Forum (EPFSF), Mitglied ist Hans-Dieter Holtzmann, Cheflobbyist in Brüssel ("Head of EU Representation")
- Eurofi, Mitglied
- Bruegel, Mitglied
- Transatlantic Policy Network (TPN), Mitglied
- Trans-Atlantic Business Council (TABC), Mitglied
- Institute of International Finance, Mitglied
- Stiftung Marktwirtschaft
  - Theo Siegert, bis 2012 Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, ist Vorsitzender des Stiftungsrats
  - Michael Kröner, Global Head of Tax, ist Mitglied der Kommission "Steuergesetzbuch"
- Konvent für Deutschland, Förderer

Politische Landschaftspflege

Bis 2009 spendete die Deutsche Bank traditionell ausgiebig an Parteien. Von 2000 bis 2009 waren es 4.6 Mio. Euro. Davon flossen knapp 60% an die CDU, gut ein Viertel an die FDP und der Rest an SPD und Grüne (Stand 9.11.2014).[25]

Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA)

Die Deutsche Bank finanziert dieses Institut. Damit will sie die private Altersvorsorge fördern.

Lobbyingausgaben

In den USA betrieb die Deutsche Bank AG im Jahr 2008 Lobbying für $770 000[26]. Im Jahr 2010 steigerte sich der Betrag zur Rekordsumme von $2,180 Mio.[27] In das freiwillige EU-Lobbyregister hat sich die Deutsche Bank am 30.05.13 eingetragen. Die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen betrugen für das Geschäftsjahr 2013 ca. 2 Mio. €. [28]

Fallstudien zur Lobbyarbeit

Eurokrise und Griechenland-Rettung

Um die öffentlichen Mittel zur Euro-Rettung zu rechtfertigen, wollte Deutsch-land die Banken an den Kosten beteiligen. Frankreich war unter dem Druck der einheimischen Ban-ken dagegen. Der Kompromiss war eine freiwillige Beteiligung des Finanzsektors – die die Finanzbranche aufgrund ihrer starken politischen und ökonomischen Machtstellung nach ihren Vorstellungen prägen konnte.

Vorlage:Lobbykratie-box

Die Deutsche Bank arbeitete früh daran, die private Beteiligung mitzugestalten. Im Mai 2011 schickte sie ein vertrauliches Papier mit konkreten Vorschlägen an das Bundesfinanzministerium.[29] Ziel dieser „Proposals for Greek liability management exer-cise – burden sharing without haircuts“ war es, einen Zahlungsausfall und damit Verluste der Banken zu ver-meiden. Einzelne Punkte aus diesem Schreiben tauchen Anfang Juni inhaltlich – wenn auch nicht wörtlich – in einem internen Arbeitspapier des Bundesfinanzministeriums an die übrigen EU-Regierungen auf. Das Finanzministerium bestätigte den Eingang des Deutsche Bank-Vorschlags [30], bezeichnete es jedoch als „völligen Humbug“, dass es sich „die eigene Position von Akteuren des Privatsektors bestimmen beziehungsweise beim Verfassen von Papie-ren sich von diesen helfen lassen würde“.[29]

Bei den weiteren Verhandlungen über eine freiwillige private Gläubigerbeteiligung spielte Josef Ackermann in seiner Rolle als Vorsitzender des Institute of International Finance eine zentrale Rolle. So nahm er etwa am Euro-Krisengipfel am 22. Juli 2011 persönlich teil. Die Ergebnisse waren sehr bankenfreundlich, trotzdem stellte sich Ackermann danach als hart getroffen dar. Dafür ist er zusammen mit der Deutschen Bank für die Lobbykratie-Medaille 2011 nominiert.Das IIF ist eine globale Lobbygruppe der Finanzbranche, mehr Details zu den Verhandlungen im IIF-Artikel.

Der Einkauf von Entscheidungsträgern und Kontrolleuren

- Seitenwechseltabelle
- Was ist das Problem?

Die Deutsche Bank bemüht sich seit einigen Jahren, ein Team aus ehemaligen Top-Regulierern der Finanzmärkte aufzubauen und auf diesem Feld ihren Rückstand zum Konkurrenten Goldman Sachs aufzuholen.

- **Malcolm Knight** Der oberste Bankenaufseher der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wechselte 2008 zur Deutschen Bank. Nachdem der Wechsel öffentlich wurde, gab der bisherige BIZ-Generaldirektor Malcolm Knight seinen mit rund 720.000 $ dotierten Spitzenjob bei der *"Notenbank der Notenbanken"* vorzeitig auf. Ab 6. Oktober 2008 begann er als Vice-Chairman für die Deutsche Bank tätig sein und u.a. die Kontakte zu seinem Arbeitgeber BIZ pflegen. Knights Wechsel war zwar vom Verhaltenskodex und vom Verwaltungsrat abgesegnet, dennoch verlautete aus BIZ "so etwas schadet der Reputation unserer Institution". Unverständnis äußerten Experten insbesondere daran, dass Knight ohne Sperrfrist bei seinem neuen Arbeitgeber anfangen kann, sie sprachen von einer "Verwilderung der Sitten". (Kurm-Engels, Marietta / Engelen, Klaus: "Sprungbrett für Aufseher", [31] Weil sich die BIZ wegen des Seitenwechsels um ihren guten Ruf sorgte, wollte sie laut eines Artikels des Handelsblattes sogar ihre Statuten ändern, um zukünftige Interessenkonflikte zu vermeiden.[32]

- **Helmut Bauer** Mit ihm holte sich die Deutsche Bank schon im Februar 2008 den obersten Bankenaufseher der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für die neue Abteilung "Aufsichtsangelegenheiten". Laut SPIEGEL stößt sein neues Amt in der Branche auf Kritik, weil er bei der BaFin tiefe Einblicke in die Stärken und Schwächen der deutschen Kreditinstitute gewann. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums, das die BaFin kontrolliert, gebe es keine rechtliche Handhabe gegen den Wechsel, berichtet das Magazin. [33]. Für die Finanzaufsicht kam dies völlig zur Unzeit: Seit August 2007 erschüttert die US-Hypothekenkrise die globalen Finanzmärkte. Bei der Rettung der SachsenLB und der Mittelstandsbank IKB war die BaFin maßgeblich beteiligt. Interimsmäßig musste BaFin-Präsident Jochen Sanio das Bankenressort übernehmen. [34]

- **Alan Greenspan** Im Jahr 2007 konnte die Deutsche Bank den im Vorjahr aus dem Amt geschiedenen Chef der US-Notenbank Fed verpflichten, der 18 Jahre lang als eine Art Hohepriester des Finanzmarkts gegolten hatte. „Als einer der Architekten des heutigen Finanzsystems ist Alan Greenspan in einer einzigartigen Position, um unsere Kunden bei wichtigen risikobezogenen Entscheidungen zu unterstützen “, sagte Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann laut focus-money - zu einem Zeitpunkt als eben dieses Finanzsystem im Einsturz begriffen war.[35]

- **Caio Koch-Weser** durfte 2006 problemlos vom Finanzministerium zur Deutschen Bank wechseln, obwohl er zuvor Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) war und als Staatssekretär für das Kreditwesen zuständig war. Als Vertreter des Finanzministeriums saß Caio Koch-Weser als Staatssekretär unter Rot-Grün im Vorstand (Board) der europäischen Denkfabrik Bruegel, die von Regierung und Großkonzernen betrieben wird. Dort blieb er auch nach seinem Wechsel zur Deutschen Bank.

- 2012: Der langjährige Präsident des BND Ernst Uhrlau ist seit Februar 2012 als freiberuflicher Berater für die Deutsche Bank tätig.[36]

- 2011: Der deutsche Botschafter in Indien, Thomas Matussek wechselt am 1. November 2011 als Chef-Lobbyist zur Deutschen Bank.[37]

Lobbyisten in Ministerien

Die Deutsche Bank hat die direkte Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien maßgeblich gefördert: Sie gehört zu den Initiatoren des Personalaustauschprogramms *"Seitenwechsel"* zwischen der Bundesregierung und der Privatwirtschaft. Vertreter der Deutschen Bank hatten in den letzten Jahren in verschiedenen Regierungsgebäuden einen eigenen Schreibtisch, und zwar im Arbeits-, Bildungs-, Finanz-, Gesundheits- und Innenministerium.

Lobbyisten in Ministerien

- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	01.05.2005 - 30.11.2006[38]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der Botschaft in Tokio

Lobbyisten im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006[39]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Lobbyisten im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Zeitraum	01.08.2005 - 31.05.2006[40]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm[39]
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat LS 23

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	17.10.2005 - 28.10.2005[38]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn[38], Teilnehmer des Austauschprogramms[39]
Bearbeitete	

Themen	Einsatz im Referat VII A 3[38], Mitarbeit am Investmentmodernisierungsgesetz[41]

Das **Investmentmodernisierungsgesetz** ermöglichte den Marktzugang für Hedge Fonds in Deutschland ab dem Jahr 2004, stellte ausländische Fonds mit inländischen steuerlich gleich und schaffte die Besteuerung des Zwischengewinns ab. Vor dem Wegfall der Besteuerung auf Zwischengewinne, musst der Wertzuwachs bei Fondsanteilen, die über ein Jahr gehalten und zwischen zwei jährlichen Gewinnausschüttungen verkauft wurden, zusätzlich versteuert werden.[42]

Nach einem Bericht des TV-Magazins Monitor vom 16. Juni 2011 sollen Mitarbeiter des Bundesministerium der Finanzen Vorschläge zur **Lösung der Griechenland-Krise** direkt aus einem Papier der Deutschen Bank abgeschrieben haben.[43] Das Ministerium hat den Bericht dementiert.

Lobbyisten im Bundesministerium für Gesundheit

Zeitraum	18.10.2004 - 12.12.2004[38]
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat 412

Lobbyisten im Bundesministerium des Innern

Zeitraum	15.12.2004 - 04.03.2005[38]
Mitarbeiter	Mitarbeiter der Deutschen Bank AG
Bearbeitete Themen	Im Referat IT 3

Zeitraum	01.09.2008 - 30.11.2008[44]
Mitarbeiter	Koordinator für Arbeitssicherheit und Beauftragter für betrieblichen Umweltschutz, Teilnehmer des Austauschprogramms "Seitenwechsel"
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 1[38], Hospitation in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Personal und Innerer Dienst[44]

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	18.11.2002 - 30.04.2003[38]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat V C 2 (Exportfinanzierung, Exportkreditversicherung)

Parteispenden

Jahr	Betrag	Partei
2009	25 000 €	GRÜNE
2009	50 000 €	SPD
2009	255 000 €	CDU
2009	25 000 €	CSU
2009	220 000 €	FDP

Quelle: [45]

Personal & Organisation

Vorstand

- Jürgen Fitschen, Co-Vorsitzender des Vorstands - seit Mai 2012, zuvor Global Head of Regional Management; Präsident des Bundesverband Deutscher Banken
- Anshu Jain - Co-Vorsitzender des Vorstands - seit Mai 2012, zuvor Head of Global Markets
- Stefan Krause - Chief Financial Officer - seit 2008 und Leiter des Ressorts Strategie & Organisationsentwicklung
- Stephan Leithner, CEO Europa (ohne Deutschland und Großbritannien), auch für den Bereich Government & Regulatory Affairs zuständig (also die Lobbyarbeit) - seit 2012
- Stuart Lewis, Chief Risk Officer - seit 2012
- Rainer Neske - Head of Private and Business Clients - seit 2009
- Henry Ritchotte - Chief Operating Officer - seit 2012

(Stand: November 2014) Quelle:[46]

Aufsichtsrat

- Paul Achleitner (Vorsitzender des Aufsichtsrats), Mitglied des European Financial Services Round Table (EFR)
- Alfred Herling (Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
- Frank Bsirske
- Dina Dublon
- Katherine Garrett-Cox, CEO Alliance Trust PLC
- Timo Heider
- Sabine Irrgang
- Henning Kagermann, Präsident der acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften
- Martina Klee

- Peter Löscher, Vorsitzender des Vorstands der Siemens SE
- Henriette Mark
- Louise M. Parent
- Gabriele Platscher
- Bernd Rose
- Rudolf Stockem
- Stefan Szukalski
- Johannes Teyssen, Vorstandsvorsitzender der E.ON AG
- Georg F. Thoma
- Klaus Rüdiger Trützschler

(Stand: August 2015) Quelle: [47]

Ehemalige Mitglieder:

- John Cryan, Präsident Europa der Temasek International Pte Ltd.
- Suzanne Labarge
- Timo Geuder

Weitere Personen

- Der Deutsche-Bank-Mitarbeiter Axel Wieandt übernahm nach dem Zusammenbruch der Hypo Real Estate für kurze Zeit deren Leitung.

Ehemalige Funktionsträger der Deutschen Bank

- bis 05/2012 Josef Ackermann Vorsitzender des Vorstands
- bis 05/2012 Clemens Börsig Vorsitzender des Aufsichtsrats
- bis 05/2012 Hugo Bänziger Vorstand, Chief Risk Officer (und im Vorstand verantwortlich für die Lobbyarbeit)
- bis 05/2012 Hermann-Josef Lamberti Vorstand, Chief Operating Officer

Überblick

Die Deutsche Bank ist ein weltweit tätiger Konzern mit einer Vielzahl verbundener Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften, die hier abgerufen werden können.

Geschichte

Zerschlagung und Neugründung

Bereits 1948 war die Deutsche Bank von den Alliierten zerschlagen worden - aufgrund von Beteiligung an NS-Verbrechen und aufgrund ihrer dem Wesen einer Demokratie entgegenstehenden Machtkonzentration[48]. In der sowjetisch besetzten Zone wurde sie verstaatlicht, in der Westzone in zehn regionale Institute aufgespalten. Dem ehemaligen Vorstand Herrmann Josef Abs gelang es im sich verschärfenden Kalten Krieg aber, seinen Einfluss geltend zu machen, um diese Maßnahme ab 1952 schrittweise aufzuheben. 1957 wurde die Deutsche Bank in Frankfurt am Main wieder gegründet.

Weiterführende Informationen

- Deutsche Bank aus der Sicht des Dachverbands kritischer Aktionäre
- Der Lobbyismus der Deutschen Bank in den USA - Auswertung auf opensecrets.org (englisch)
- Die Deutsche Bank auf PowerBase

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter | Bluesky | Facebook | Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Geschäftsbericht 2013 Aktionärsstruktur, Website Deutsche Bank, abgerufen am 10.11.2014
2. ↑ Angst vor neuen Krisen "Großbanken müssen zerschlagen werden", Sueddeutsche Zeitung am 21. Oktober 2009, abgerufen am 15. Juli 2010
3. ↑ Zu treuen Händen, Der Spiegel vom 7. Juni 2010, abgerufen am 31. Januar 2011
4. ↑ Geschäftsbericht 2013, Website DeutscheBank.de, abgerufen am 10.11.2014
5. ↑ The Big Short: Inside the Doomsday Machine, Michael Lewis, New York: W.W. Norton & Co., 2010
6. ↑ Bankentribunal - Zivilgesellschaftliche Anklageschrift, attac, 18. März 2010 (pdf), abgerufen am 21. April 2010
7. ↑ The Big Short: Inside the Doomsday Machine, Michael Lewis, New York: W.W. Norton & Co., 2010
8. ↑ die IKB die Müllhalde für faule US-Kredite der Deutschen Bank?, nachdenkseiten.de vom 29. Februar 2008, abgerufen am 15. Juli 2010
9. ↑ Ortseifen greift Deutsche Bank an, ntv.de am 16. März 2010, abgerufen am 15. Juli 2010
10. ↑ Ortseifen schießt gegen Ackermann, sueddeutsche.de am 17. März 2010, abgerufen am 15. Juli 2010
11. ↑ BANKEN Zu treuen Händen, Der Spiegel vom 7. Juni 2010, abgerufen am 31. Januar 2011
12. ↑ Fakten: Die Deutsche Bank und Zwangsvollstreckungen in den USA (pdf), Website des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, abgerufen am 31. Januar 2011
13. ↑ Banken: Brandstifter als Feuerwehr, Werner Rügemer in Junge Welt vom 23. April 2009, abgerufen am 21. Juli 2010
14. ↑ Zweifelhafte Zinsgeschäfte - Unternehmen und Kommunen als Bankenopfer, frontal21 vom 20. April 2010, abgerufen am 21. April 2010
15. ↑ DEUTSCHE BANK: INVESTISSEMENTS NUISIBLES, Vlanderen Netwerk: Rapport Bank Secrets vom März 2009, abgerufen am 21. Juli 2010
16. ↑ Streubomben in Riester-Verträgen: Auf vermintem Gelände, test.de vom 4. Januar 2011, abgerufen am 30. Januar 2011
17. ↑ Minen und Streumunition - Investment und Profit: Deutsche Bank, ethisches-investment.info vom 22. Januar 2009, abgerufen am 31. Januar 2011
18. ↑ Rekordstrafe für Deutsche Bank: Mehr als peinlich, Der Spiegel, 23. April 2015, abgerufen am 16. Juni 2015
19. ↑ Libor-Skandal bei Deutscher Bank: Bericht der Finanzaufsicht belastet Jain und Ackermann, Der Spiegel,12. Juni 2015, abgerufen am 16. Juni 2015

20. ↑ Deutsche Bank half bei Offschore-Geschäften, Süddeutsche Zeitung online vom 4. April 2013
21. ↑ AIG shares bounce as CEO hopes to repay bailout funds, USAtoday.com vom 20. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
22. ↑ $90B Of AIG's Federal Rescue Went To Banks, CBS News.com vom 16. März 2009, abgerufen am 26. April 2010
23. ↑ The Man Who Crashed the World, Michael Lewis in Vanity Fair vom August 2009, abgerufen am 14. Juli 2010
24. ↑ [http://www.kritischeaktionaere.de/fileadmin/Dokumente/Pressemitteilungen_2010/CG_DVKA_Factsheet_PK_2010-05-26.pdf Fakten: Die Deutsche Bank und Zwangsvollstreckungen in den USA (pdf), Website des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, abgerufen am 31. Januar 2011
25. ↑ Deutsche Bank, Website parteispenden.de, abgerufen am 9.11.2014
26. ↑ opensecrets.org, Deutsche Bank, Website opensecrets.org, aberufen am 20.10.2010
27. ↑ Lobbying - Deutsche Bank - 2010 opensecrets.org, abgerufen am 2. Februar 2011
28. ↑ Lobbyregister - Deutsche Bank - 2013 ec.europa.eu, abgerufen am 9. 11. 2014
29. ↑ [29,029,1] Sonderkonditionen für Geldgeber sollen Athen retten, Welt am Sonntag vom 5.6.2011, abgerufen am 10.11.2011
30. ↑ Teure Griechenland-Rettung: ein geschickter Coup der Deutschen Bank?, Monitor vom 16.6.2011, abgerufen am 10.11.2011
31. ↑ Sprungbrett für aufseher, Handelsblatt.com vom 23.06.2008, abgerufen am 15. Juli 2010
32. ↑ Notenbanker verlangen den Schwur, Handelsblatt.com vom 27.06.2008, abgerufen am 15. Juli 2010
33. ↑ manager-magazin.de "BaFin: Ex-Aufseher zur Deutschen Bank", Manager-Magazin.de vom 19. Januar 2008, abgerufen am 15. Juli 2010
34. ↑ Finanzaufsicht besetzt Spitzenposten neu, Handelsblatt.com vom 27.3.2008, abgerufen am 15. Juli 2010
35. ↑ Deutsche Bank verpflichtet 81-Jährigen, focus.de vom 13.August 2007, abgerufen am 22. September 2010
36. ↑ Ex-Geheimdienstchef Uhrlau heuert bei der Deutschen Bank an Der Spiegel vom 5. Februar 2012, abgerufen am 07.02.2012
37. ↑ politikszene politik&kommunikation Ausgabe Nr. 317, abgerufen am 24.08.2011
38. ↑ [38,038,138,238,338,438,538,638,7] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011 Referenzfehler: Ungültiges <ref>-Tag. Der Name „Brüderle“ wurde mehrere Male mit einem unterschiedlichen Inhalt definiert.
39. ↑ [39,039,139,2] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
40. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
41. ↑ LobbyControl: Lobbyplanet, Köln 2008, S.117
42. ↑ Die Nähe zwischen Ministerium und Lobby in der taz vom 16.10.2003, letzter Zugriff 15.09.2011
43. ↑ "Teure Griechenland-Rettung: ein geschickter Coup der Deutschen Bank" Monitor 16.6.2011, Website WDR, abgerufen am 18.8.2011
44. ↑ [44,044,1] Bundesministerium des Innern: Dritter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Februar 2009 – 30. Juni 2009, Stand 23.09.2009
45. ↑ Parteispenden Recherche 1994-2009 - ab 10.000 Euro, taz.de, abgerufen am 22. Juni 2011.

46. ↑ Vorstand, Webseite der Deutschen Bank, abgerufen am 8.11.2014
47. ↑ Deutsche Bank Webseite abgerufen am 18.8.2015
48. ↑ War Crimes of the Deutsche Bank and the Dresdner Bank: The Omgus Report, Christopher Simpson, New York 2002